

Sozialtag 2009 der KAB Schweiz

Welche Schweiz *wollen wir?*

Der KAB-Sozialtag zeigte: Es bedarf klarer Werte und Ziele, um unsere Gesellschaft voranzubringen.

Von Theo Bühlmann

Eine grosse Teilnehmerzahl fand sich zum Sozialtag in Goldau als «Auftakt des KAB-Jahres» ein, zu dem Hedi Jager vom vorbereitenden Ressort *Soziales und Politik* in ihrer Begrüssung Glück und Erfolg wünschte.

Schon lange stelle sich die Frage, *welche* Schweiz wir denn mitgestalten wollen, sagte KAB-Sozialinstituts- und Tagungsleiter Thomas Wallimann einleitend. Dazu müssten wir wissen, was uns wichtig ist, welche Werte uns leiten sollen. Bereits vor zehn Jahren lancierte die «Ökumenische Konsultation» diese Grundsatzdiskussion in einer durch die Ökonomisierung aller Lebensbereiche tief verunsicherten Gesellschaft. Die Kirchenleitungen wollten einen breiten Dialogprozess darüber anstossen, «wie die Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft mit den Grundwerten und Zielen sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitbestimmung und dem nachhaltigen Schutz der Umwelt verbunden werden können?» Als Auswertungsbericht –



Ganz sicher streben wir keine Schweiz als «Fertigcontainer» an.

Dossier-Bilder: Theo Bühlmann

entstanden aus rund 1150 Stellungnahmen – erschien 2001 in Buchform das «Wort der Kirchen. Miteinander in die Zukunft».

Wort der Kirchen: topaktuell Béatrice Bowald von der damals federführenden bischöflichen Stabskommission *Justitia & Pax* fragte in ihrem Referat am Sozialtag rückblickend: Ist dieser Dialogprozess gelungen? Eine vertief-

te Auseinandersetzung hat stattgefunden, bilanzierte Bowald. Sie gab sich, was die erreichten GesprächspartnerInnen, die Breitenwirkung und Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit anbelangt, eher skeptisch. Die *Fortführung* des Dialogs und die *Umsetzung* der Ergebnisse beurteilte die Referentin kritisch – nicht zuletzt auch innerkirchlich. Beispielsweise sei die ökumenische Zusammenarbeit

nicht vorwärts gekommen. Auch hätte sich Béatrice Bowald – auch nach der Konsultation – von den Kirchenleitungen mehr Engagement gewünscht. Aber auch «von anderen Ebenen in der Kirche müsste – im Sinn eines mündigen Christentums – der Ball viel mehr aufgenommen werden. Initiative von unten ist gefragt». Das «Wort der Kirchen» sei bis heute sehr ak-

> Fortsetzung Seite 8



Teilnehmende des Sozialtages der KAB Schweiz am 10. Januar in Goldau.



Die Theologin Béatrice Bowald ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei *Justitia & Pax*, der bischöflichen Kommission für Gesellschaftsfragen und Sozialethik. Sie wirkte während des ganzen Projekts «Ökumenische Konsultation» mit.

> Fortsetzung von Seite 7

tuell, und es vermittelt Grundorientierungen in Themen wie Gleichstellungs- und Umweltpolitik, Familie, Verhältnis von Politik und Wirtschaft, gesellschaftliche Verunsicherung und die daraus erwachsende Fremdenfeindlichkeit, demografischer Wandel und Sicherung der Sozialwerke sowie weltweite Gerechtigkeit.

Unerschütterlicher Glaube

«Optimismus, ja unerschütterlicher Glaube, dass sich etwas bewegen lässt; Engagement mit einem inneren Feuer, Durchhalten – solche Erfahrungen aus der Konsultation können wir als Beitrag der Kirchen zur Zukunftsgestaltung brauchen», beteuerte Béatrice Bowald. Es gehe heute darum, aus der Tradition heraus gültigen Werten treu zu bleiben, sie in die heutige Zeit zu übersetzen und in diesem Sinne «prophe-tisch» zu sein. Das bedeutet durchaus auch anzuecken, denn oft lässt sich nur so etwas anstossen. Bowald ist überzeugt, dass die Kirchen eine wichtige Verantwortung in der Gesellschaft innehaben, an die Grundprinzipien unseres Zusammenlebens zu erinnern: Gemeinwohl, Solidarität, Subsidiarität, Gerechtigkeit, Freiheit mit Verantwortung, Mitbestimmung und Nachhaltigkeit. ◀ Das «Wort der Kirchen» finden Sie unter: www.kirchen.ch/konsultation/

Vorwärts Denkende

Ein neues Element am Sozialtag 2009 waren als thematische Impulse die «Zwischenrufe» von KAB-Leuten. Sie waren eingeladen, *ihr* Bild einer lebenswerten Schweiz zu formulieren.

Josef Siegen vom Ressort *Soziales und Politik* wünscht sich eine Demokratie, in der selbständig denkende BürgerInnen mitmachen, welche nicht irgendwelchen Wortführern Folge leisten.

Er wünscht sich SchweizerInnen, die mehr in die Zukunft und weniger zurück blicken. «Die gute alte Zeit» ist für ihn eine «falsche Vermutung. Rückblick ist nur sinnvoll, wenn man die Fehler von früher verbessert. Wir brauchen *neue* Lösungen, nicht die Rekonstruktion alter Zustände».

Orientierung am Menschen

(Sozial)-Staat, Wirtschaft und Gesellschaft benötigen ein neues Miteinander.

TBü. Wenn heute von der grossen Krise des Sozialstaats gesprochen wird, muss Monika Stocker, die zweite Referentin am Sozialtag, manchmal schmunzeln: «Was das Soziale anbelangt, habe ich in 40 Jahren Politik nie gehört: «Ja, das schaffen wir locker.» – Das Soziale ist nie «in», dafür musste man immer kämpfen. Darum denke ich: Es braucht keine *neue* Orientierung, sondern jene *am Menschen* als soziales Wesen, welche immer gültig ist.»

Seit längerem werde aber das Gemeinschaftliche auch in der Schweiz schlechtgeredet, stellte Monika Stocker fest. Der seit dem 2. Weltkrieg kontinuierliche Ausbau des Sozialstaates hat ein abruptes Ende erfahren. In vielen westeuropäischen Industrieländern erschüttert der Neoliberalismus menschliche Grundvoraussetzungen. Während die Einen in den heftigen politischen Auseinandersetzungen den Sozialstaat abbauen wollen, genügt Anderen das Erreichte nicht.

Monika Stocker versteht das Soziale nicht als etwas, «das man auch noch so hat, wenn es grad in die Konjunktur passt», sondern als *Grundwert* eines Staates: «Wir verlangen nichts Unanständiges, wenn wir für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Sie steht in unserer Bundesverfassung. Artikel 12 sagt: Jeder Mensch hat ein Recht auf Existenzsicherung. Das bedeutet, dass wir Strukturen und Institutionen in unserem Gemeinwesen Schweiz am Sozialen ausrichten müssen. Und dies gibt es nicht gratis». Die Referentin zeigte an Zahlen der Stadt Zürich, wie die Armutsquote und die Gesamthöhe der Sozialhilfen von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind. Vor allem durch die Globalisierung seit den 90er-Jahren seien Arbeitsplätze nicht mehr wegen der Krise, sondern strukturell abgebaut und nicht wieder geschaffen worden. Davon sind auch viele AusländerInnen betroffen, die man einst als billige Arbeitskräfte rekrutierte. Eine Gewinne privatisierende und Sozial-



Monika Stocker engagiert sich seit 40 Jahren politisch. Sie wirkte in der Frauen- und Friedensbewegung, beim SKF und war 1987-91 *treffpunkt*-Kolumnistin. Sie wurde als Nationalrätin, Verfassungsrätin im Kanton Zürich und 14 Jahre als Stadträtin und Vorsteherin des Sozialdepartements der Stadt Zürich bekannt.

lasten dem Staat überwältigende Wirtschaftshaltung fordert unsere Institutionen zusätzlich heraus. Monika Stocker machte darauf aufmerksam, dass man während Jahren für den Markt alle Rechte beanspruchte und ihn von sozialen Pflichten dispensierte. Dem Staat aber «gibt» man alle Pflichten, ohne ihm das Recht einzuräumen, genügend Mittel zu bekommen oder sich im Markt einzumischen, beispielsweise bei den Handelsbedingungen. «So kann keine gerechte Gesellschaft entstehen, weder hier, in den einzelnen europäischen Ländern noch weltweit!» Stocker forderte die ZuhörerInnen auf, in den gesellschaftspolitischen Prozessen mitzuwirken. Und sie skizzierte die dringlichsten Herausforderungen.

Existenzsicherung und soziale Integration

Nach wie vor ist die Existenzsicherung grundsätzlich an die

Lohnarbeit geknüpft; die Sozialversicherungen werden über Lohnprozente finanziert. So führen Erwerbslosigkeit oder nicht-existenzsichernde Löhne häufig zu langfristiger Verarmung. Dass immer mehr Menschen dann auch gesellschaftlich ausgegrenzt werden, sind nicht nur persönliche Katastrophen, sondern verschärft die gesellschaftlichen Spannungen. Die berufliche Integration hänge mit der sozialen eng zusammen, betonte die Politikerin. Es brauche darum einen ergänzenden Arbeitsmarkt, es brauche Sozialfirmen: «Die soziale Integration ist ein Dauerauftrag jedes Gemeinwesens.» Dazu gehöre auch Obdach oder Hilfe bei Krisen.

In einer menschlichen Gemeinschaft geht es nicht nur um die soziale Absicherung, sondern auch um Teilhaben und Teilnehmen, ums Dazugehören, ist Monika Stocker überzeugt. «Es braucht eine Kultur des Gemeinschaftlichen. In Zürich haben wir die Soziokultur in der Gemeindeordnung verankert, eine politische Pioniertat. Denn das Zusammenleben in den Quartieren, in den Lebensräumen, in der mittelbaren Nähe – für Einheimische und Fremde – prägt das, was man «Daheimsein» nennt.» Wenn es um Soziokultur geht, soll der Staat aber nicht nur ermutigen und motivieren, sondern auch in-

> Unsere politischen Rahmenbedingungen sollten der Mitmenschlichkeit folgen. ◀

vestieren, beispielsweise in Infrastrukturen. «Aber soziale Netze brauchen vor allem Menschen, die sie knüpfen, pflegen und auch (durch)tragen.» Für die Referentin geht es dabei ganz konkret um immer wieder neu auszuhandelnde soziale Rechte und Pflichten – und letztlich um die «Gretchenfrage, was uns als Gesellschaft im Innersten zusammenhält», um den Gesellschaftsvertrag.

Gemeinschaft: lebenswichtig
«Menschen wollen als Individuum ernst- und wahrgenommen werden, aber sie wollen auch als Mitglied einer Gruppe, als soziales Wesen, einen Platz haben.» Ausgrenzung oder Integration, das ist für viele Menschen zur zentralen Lebensfrage geworden. Es gebe immer wieder Gruppen, die in der jeweiligen Zeit im Zentrum stehen und dominieren. Andere erhalten hingegen eine Sündenbockfunktion und werden zur Zielscheibe öffentlicher Debatten. Wenn wir das Thema dann noch mit der nötigen Alarmstimmung garnieren, so wird schnell ein Mechanismus aktiv, der verheerend sein kann, warnte Stocker. «Und durch gewisse politische Kräfte wird dadurch ein Klima hergestellt, in dem immer seltsamere, immer unmenschlichere Forderungen plötzlich «normal», alltäglich werden. Das sind gefährliche Tendenzen, die wir aus den 30er Jahren kennen: Lernen wir aus der Geschichte denn wirklich nichts?»

Eigenverantwortung ist gut, Soziale Netze unerlässlich
In einem modernen liberalen Staat soll der einzelne Mensch seine Freiheit leben. Aber der *Individualismus* überfordert viele. In

bestimmten Phasen des Lebens wird das *Soziale Netz* gar zur Überlebensfrage. Der Mensch braucht andere Menschen: Kinder oder Jugendliche, die sich im Widerstand an andern ihre eigenen Werte schaffen müssen, bei Krankheit, im Alter, in Krisen, bei Arbeitsplatzverlust.

> Die Schweiz *lebt* von der Solidarität <

Aber die Referentin sieht auch, dass immer mehr Aufgaben an den Staat delegieren nicht der richtige Weg sein kann. Und sie betont: Man müsse – wie auch bei den Finanzhilfspaketen – immer wieder kritisch hinterfragen, ob der Staat mit seinen Mitteln und Massnahmen wirklich die richtige Wirkung bringen kann. Dabei gelte es, Kirchen, Gruppen, Vereine und Verbände zu öffnen, zu weiten, neue an bestehende anzuknüpfen, damit sie als soziale Netze den vielfältigen Anforderungen standhalten. Das braucht Kreativität, soziale Phantasie.

Rechte sind gut, Werte fordern heraus
Unser Jahrhundert hat einiges erreicht, bilanziert Monika Stocker. Wir feierten 60 Jahre Menschen-

rechte. Wir haben eine gute Verfassung, demokratisch legitimierte Gesetze – aber wir haben seit vielen Jahren einen schleichenden Abbau von Rechten und gesetzlichen Verschärfungen. Es berge die Gefahr des Rückschritts, wenn die Wertediskussion kaum mehr geführt wird. Sie habe einer (post)modernen Beliebtheit und Repression Platz gemacht, die sich je nachdem als Orientierungslosigkeit, Überforderung, als Trend zu Populismus, zu Sektierertum und zu einfachen Antworten zeigt. Rechte dürfen aber keinem Ausverkauf unterworfen werden, betonte Stocker. «Rechte ohne Pflichten, ohne Werte, das hinkt. Werte müssen heute neu debattiert werden. Die menschlichen und sozialen Werte brauchen heute eine Neuauflage, nicht fundamentalistisch, nicht reaktionär, sondern verankert!» Und sie fragte: «Wieso wird Solidarität plötzlich als etwas Unanständiges dargestellt? Was soll das? Die Schweiz *lebt* von der Solidarität, seit es sie gibt». Liebe, was heisst das, wenn nur noch Marktbeziehungen, wenn nur Angebot und Nachfrageprinzip gelten sollen? «In einer solchen Gesellschaft ist es uns nicht mehr wohl.» Schuld und Versagen, was

heisst das, wenn Hilfe, Neuanfänge nur noch unter Investition und Rendite betrachtet werden?
«Die Schweiz braucht eine neue Orientierung, aber nicht etwas radikal Neues, sondern eine Besinnung auf diejenigen Werte, welche unser Land ausgemacht haben. Um sie müssen wir kämpfen. Ich bin überzeugt, dass wir Menschen als soziale Wesen auf sie angewiesen sind. Wir müssen schauen, dass wir *in den menschlichen Dimensionen* unsere politischen Rahmenbedingungen setzen. Bei aller (selbst)kritischen Wahrnehmung des Zustandes unserer Gesellschaft glaube ich an Aufbrüche, an Mitmenschlichkeit. Es geht um die Lebensqualität, die wir für alle, für eine gerechtere Welt, erkämpfen müssen.» <

Schweiz 2019

«Zwischenruferin» Antonia Zihlmann von der KAB Willisau gliederte ihre Vision einer Schweiz in 10 Jahren in vier Bereiche:
Umwelt: «Wohn- und Arbeitsort rücken näher, das gibt weniger Verkehr. Ein Grossteil unserer Energie stammt aus natürlichen Ressourcen. Der Ausstieg aus der Atomenergie steht unmittelbar bevor, den Müll endlagern wir bei uns.»
Arbeit: «Das Arbeitstempo ist gemächlicher, so dass das Schaffen mehr Freude macht. Teilzeitpenssen sind in jedem Beruf möglich.»
Gesellschaft: «Schwächere bei uns und in den Ländern des Südens werden nicht ausgenützt. Die materiellen Ansprüche sind kleiner, die Freude über den Reichtum der Natur, Familie und Gesellschaft dafür grösser. Mitmenschen spüren, wenn jemand Hilfe braucht und reagieren. Beide Elternteile können etwa zur Hälfte in der Arbeit und Familie tätig zu sein.»
Die KAB «ist eine gefragte Bewegung und wächst markant. Ihre Mitglieder tragen wesentlich zur gesellschaftlichen Meinungsbildung bei».
Denn viele kleine Leute, die an vielen kleinen Orten viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern, sagt ein afrikanisches Sprichwort.



Wollen wir eine Schweiz des Ausgleichs? Auch im «wahrzeichenhaften» Zermatt treffen sich Gegensätze: Naturverbundenheit und ursprüngliche Lebensweise auf der einen, Reichtum und Luxustourismus auf der anderen Seite. Bild: Marcus Liwicki

Wohlfahrts-Gründe

Wer Zukunft gestalten will, braucht gute Bilder von ihr.

TBü. Auch Martin Flügel zeigte als dritter Sozialtagsreferent eine klare Vision für eine Schweiz des 21. Jahrhunderts. Die vor der Tür stehende Wirtschaftskrise berge nicht nur Risiken, sondern eröffne als eine Ideologiekrise, in der Neoliberale ihren Ton langsam zurücknehmen, sehr wohl Chancen für gute Neuanfänge: beispielsweise bei den anstehenden Revisionen der AHV, ALV, bei der IV oder beim CO₂-Gesetz.



Martin Flügel hat Philosophie und Volkswirtschaft studiert. Seit der Gründung von Travail.Suisse leitet der dreifache Vater das Ressort Wirtschafts- und Sozialpolitik des christlichen Gewerkschaftsdachverbandes. Letzten Herbst wurde Martin Flügel zum Präsidenten von Travail.Suisse gewählt.

Veränderte Arbeitswelt

Vorerst hielt Martin Flügel fest, wie sich die Arbeitswelt verändert:

- Die Leistungsanforderungen an Arbeitnehmende und die Ansprüche an ihre Flexibilität steigen. Körperliche oder psychische Probleme sind die Folge.
- Die Informationstechnologien fordern eine hohe Lern- und Anpassungsfähigkeit. Sie erzeugen Angst, nicht mithalten zu können und den Job zu verlieren.
- Einerseits führt Arbeit nicht mehr automatisch zu einem ausreichenden Einkommen. Andererseits haben sich die Saläre der Topmanager völlig vom Leistungsprinzip abgekoppelt.
- Mit der demographischen Entwicklung schrumpft der Anteil der unter 45-Jährigen.
- Die Vielfalt der Kulturen der Arbeitnehmenden wird grösser. Für die künftige Sicherung des Wohlstandes bleiben wir auf Migration angewiesen.
- Umweltgerechtes Wirtschaften wird bedeutender. Einerseits steigen die Kosten für nicht umweltgerecht produzierende Unternehmen und Länder. Andererseits ist speziell der Energiesektor ein Wachstumsmarkt mit neuen Arbeitsplätzen der Zukunft.

Richtung wir sie verändern wollen. Nur so können wir konkrete politische Vorlagen vor einem Gesamtbild beurteilen, zu ihnen Stellungen nehmen – oder eigene Vorstösse starten. Nur so haben wir auch die Kraft, uns immer und immer wieder zu engagieren.»

Auf welche Schweiz er stolz sein möchte

Der Travail.Suisse-Präsident sagte den KAB-Tagungsteilnehmenden, auf *welche* Schweiz er stolz sein möchte:

• Auf eine ohne Armut und mit Vollbeschäftigung zu guten Löhnen. Eine normale Erwerbsarbeit hat auch ein normales Leben zu ermöglichen. Aber auch, wer vorübergehend oder dauerhaft seinen Lebensunterhalt nicht mit Erwerbsarbeit finanzieren kann, muss über die nötige Absicherung verfügen. Die Leistungen der Sozialversicherungen und der Sozialhilfe sollen ein würdiges Leben und eine Teilhabe an der Gesellschaft erlauben. «Im System der Sozialleistungen ist darum höchst-

tens ein Umbau, aber sicher kein Abbau möglich.» Zudem müssten der Staat und die Unternehmen gemeinsam Arbeitsplätze für jene Menschen schaffen, welche die üblichen Leistungsanforderungen nicht vollumfänglich erfüllen können.

• Der Referent wünscht sich eine Schweiz mit einer 100-prozentigen Berufsabschlussquote und einem Weiterbildungsobligatorium für alle Arbeitnehmenden, um die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen zu können. Bereits im Kleinkindalter würden die Voraussetzungen für jegliche Bildung gelegt. Darum sei der zweijährige Kindergarten gemäss HarmoS ebenso wie der Ausbau von Kindertagesstätten und Tageschulen eine schlichte Notwendigkeit. Auch im Sinne einer präventiven Sozialpolitik.

• Weiter «baut» Martin Flügel auf ein Land, in dem Arbeit nicht krank macht. Die langfristige Leistungsfähigkeit der Arbeitenden soll nicht einer kurzfristigen Leistungsmaximierung geopfert werden. Dazu gehört, dass Arbeitende nicht systematisch Überstunden leisten müssen. 2008 waren es in der Schweiz 187 Millionen Überstunden – sie entsprechen 97'000 Vollzeitstellen!

• Wichtig ist dem Referenten auch die Vereinbarkeit von Er-

werbs- und Familienarbeit: Denn ohne eine neue Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern werden wir «sowohl bei der wirtschaftlichen Produktion von Wohlstand, aber auch bei der Reproduktion von uns selbst und der Gesellschaft Schweiz scheitern». Dazu brauche es Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern, einen Elternurlaub, Teilzeitarbeit für alle Eltern sowie ausreichende Angebote an familienergänzender Kinderbetreuung.

• Martin Flügel «malte» am KAB-Sozialtag das Bild einer *selbstbewusst-offenen* Schweiz: «Die heutige Stimmung ist geprägt von grossen Vorbehalten gegenüber Ausländern bis hin zu offener Feindlichkeit. Dabei wird die Schweiz in Zukunft auf die Einwanderung von Arbeitnehmenden und insbesondere auch auf die erfolgreiche Integration der MigrantInnen und ihrer Kinder angewiesen sein.» Damit das gelingt, brauche es eine klare, auf Integration ausgerichtete aktive Zulassungspolitik.

• Ein Land mit Zukunft bedinge ebenso einen weit reichenden ökologischen Umbau: mit einer konsequent auf umweltfreundliche Energieproduktion und auf Energiesparen ausgerichteten Politik, um in diesen Bereichen einen Spitzenplatz zu erreichen. <



DialogpartnerInnen bei einem der thematischen «Marktplätze».

Wie können wir darauf reagieren?, fragte Martin Flügel. «Wichtig ist, dass wir die Veränderungen nicht verhindern wollen – das wird kaum gelingen – sondern sie mitgestalten. Dazu müssen wir ein Bild im Kopf haben, welche Schweiz wir wollen, in welche